

Bürgermeister Raetz weist auf die ergänzenden Anträge der UWG-Fraktion zum Haushalt hin. Danach sollen ergänzend zum Beschlussvorschlag der Verwaltung

k) durch Verkauf städt. Grundstücke in den kommenden 5 Jahren 1,5 Mio. € erzielt werden

l) im Bereich Personalkosten jährlich 10% der bisherigen Ansätze eingespart werden

sowie

als Alternative zu Punkt h) des Beschlussvorschlages der Verwaltung

h) die Umlage an die VHS für die Zukunft auf dem Stand des Haushaltsansatzes des Entwurfs 2013 festgeschrieben und der Deckungsgrad im Bereich Musikschule bis 2017 auf ca. 75 % gesteigert werden.

Zu diesem Antrag bittet Ratsfrau Koch für die SPD-Fraktion die Verwaltung um Prüfung und Benennung der entsprechenden Differenzsumme, da ohne Angabe konkreter Zahlen, über diesen Antrag nicht abgestimmt werden könne.

Die Vertreter der einzelnen Fraktionen nehmen zum Haushalt Stellung.

Ratsherr Beißel fordert die Verwaltung für die CDU-Fraktion auf, das Landesstraßenbauamt schon jetzt zu beauftragen, Anträge zur Ausbesserung der Winterschäden zu stellen.

Ratsherr Schiebener stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, die Grundsteuer B um 10 Prozentpunkte zu erhöhen.

Um 21.00 Uhr schlägt Bürgermeister Raetz schlägt eine Sitzungsverlängerung vor.

BS-Nr.: 311	Abstimmungsergebnis	Ja: 35 Nein: 0 Enthaltung:0 Befangen: 0
----------------	---------------------	--

Die Mitglieder des Rates stimmen einer Sitzungsverlängerung bis maximal 22.00 Uhr zu.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 21.04 bis 21.06 Uhr erklärt Ratsherr Beißel, dass die CDU-Fraktion dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Erhöhung der Grundsteuer B nicht zustimmen werde, da sie eine solche Erhöhung aus sozialen Gründen für nicht tragbar halte.

Ratsfrau Koch und Ratsherr Logemann schließen sich für die Fraktionen SPD und FDP der CDU-Fraktion an.

Ratsfrau Koch schlägt vor, über die Punkte des Beschlussvorschlages der Verwaltung einzeln abzustimmen. Der Vorschlag findet einvernehmliche Zustimmung.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Erhöhung der Grundsteuer B um 10 Prozentpunkte.

BS-Nr.: 312	Abstimmungsergebnis	Ja: 07 Nein: 27 Enthaltung:1
----------------	---------------------	------------------------------------

		Befangen: 0
--	--	-------------

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Erhöhung der Grundsteuer B um 10 Prozentpunkte wird abgelehnt.

Sodann erfolgt die Abstimmung über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages der Verwaltung.